



Schröders Denkfabrik

Abschied von der Arbeitslosigkeit? Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit ließ das Bündnis für Arbeit die Misere auf dem Arbeitsmarkt schonungslos analysieren. Experten erstellten einen radikalen Umbauplan für Kanzler Schröder.

Bonner Bündnis für Arbeit am 7. Dezember 1998

Helmut Schmidt war voller Stolz – auf sich und das Modell Deutschland: „Die Bundesrepublik ist eine völlig intakte Firma; wir sind eine der allergesündesten Unternehmungen, die an der Weltwirtschaft beteiligt sind.“

Das war Mitte der siebziger Jahre, die Deutschen wurden weltweit bestaunt für ihre Industriegesellschaft, die Wohlstand für alle schuf. Wenig später wurde Helmut Schmidt Kanzler.

Schon am Ende seiner Amtszeit, 1982, zeigte das Vorbild Schwächen, die Staatsverschuldung stieg, die Arbeitslosenzahlen auch, ganze Branchen siechten dahin. Einfallsreiche Graffiti-Maler sprühten an einen Bauzaun vis-à-vis des Kanzleramts: „Modell Deutschland – leicht beschädigt. Gegenüber abzuholen – bei Herrn Schmidt.“

Seither ist nichts geschehen. Das Modell Deutschland, später 16 Jahre lang verwaltet von Weiter-so-Kanzler Helmut Kohl, ist noch immer in Betrieb, es ächzt und leckt und produziert Negativrekorde wie am Fließband: Millionen von Arbeitslosen, zu wenige Existenzgründer, vor allem hält es – geschmiert mit Milliarden staatlicher Kre-

dite – einen Sozialstaat am Laufen, der vieles vernichtet: Eigeninitiative, Jobs, den Spielraum des Staates für Investitionen.

Die globale Weltwirtschaft, in der jedes Produkt in (fast) jedem Land hergestellt werden kann, erzwingt ein Umdenken. Ein eigenes „Modell Deutschland“ kann es heute nicht mehr geben. Steuersätze, Sozialstandards, das Bildungsniveau, politische Stabilität – alles wird weltweit verglichen. Benchmarking heißt das Verfahren, mit dem Konzerne den für sie günstigen Standort wählen.

Die neue Regierung, angetreten mit dem Versprechen auf Modernisierung, kann sich diesem Wettbewerb der Nationen nicht entziehen. Den Deutschen steht eine Reform ins Haus, die viele, die diese Notwendigkeit jahrelang bestritten haben, jetzt als Revolution erleben werden.

Schröder hat begriffen, daß er handeln muß. Hinter den Kulissen ist längst etwas in Bewegung geraten. In Gesprächskreisen erörtern Gewerkschafter, Arbeitgeber und Regierung seit Monaten die Lage. Ihr Vorbild ist das Bündnis für Arbeit, so wie es in den Niederlanden vor 15 Jahren begonnen wurde.

Dort fanden die Reformwilligen schließlich zu einer Generalüberholung des Staatswesens zusammen: Steuern wurden gesenkt, der Staat zog sich zurück aus Teilbereichen der Rentenversicherung und der Krankenkasse. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde geöffnet, flexiblere Arbeitszeiten und flexiblere Löhne wurden verabredet – und durchgesetzt.

Seit Regierungsantritt tagt eine solche Runde auch hierzulande, unter Führung und Moderation von Schröder und Kanzleramtsminister Bodo Hombach soll sie das wichtigste Erfolgsinstrument sein: Plattform für die neue Mitte, Antriebsturbine für seine neue Politik, Verhandlungstisch für die wichtigsten Konflikte dieser Gesellschaft.

Unbemerkt von der Öffentlichkeit ist Schröders „Denkfabrik“ für die kurze Zeit weit gekommen. Fachleute haben für das Bündnis einen großen Umbauplan aufgeschrieben, der möglich machen soll, was der SPD-Kanzler seinen Wählern versprochen hat: Arbeit, Arbeit, Arbeit.

Im Kern fordern die Regierungsreformer den Paradigmenwechsel – weg von den starren Regeln der Industriegesell-

Kartell gegen die Arbeitslosigkeit

Die Organisation des Bündnisses für Arbeit

Spitzengespräch

Beim ersten Treffen am 7. Dezember 1998 verabschiedeten die Spitzenvertreter von Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften eine „Gemeinsame Erklärung“ und legten die organisatorische Struktur des Bündnisses fest. Teilnehmer waren:

BUNDESREGIERUNG

Kanzler Gerhard Schröder (Leitung), der damalige Finanzminister Oskar Lafontaine, Wirtschaftsminister Gerhard Müller, Arbeitsminister Walter Riester, Gesundheitsministerin Andrea Fischer, Kanzleramtsminister Bodo Hombach

WIRTSCHAFT

BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel, Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt, Handwerkspräsident Dieter Philipp, DIHT-Präsident Hans Peter Stihl

GEWERKSCHAFTEN

DGB-Chef Dieter Schulte, DAG-Chef Roland Issen, IG-Metall-Chef Klaus Zwickel, IG-Bergbau-Chef Hubertus Schmoldt, ÖTV-Chef Herbert Mai

Steuerungsgruppe

Koordination und Abstimmung der Arbeits- und Expertengruppen, Vorbereitung der Spitzengespräche. Wichtiger thematischer Schwerpunkt: Erwerbschancen für Niedrigqualifizierte

LEITUNG

Kanzleramtsminister Bodo Hombach

Benchmarking-Gruppe

Alle Beteiligten haben Fachleute und renommierte Wissenschaftler zur Unterstützung der Steuerungsgruppe in dieses wichtige Gremium berufen. Ziel ist eine eindeutige Bestandsaufnahme des Wirtschafts- und Sozialstandortes Deutschland im internationalen Vergleich, die Grundlage gemeinsamen Handelns sein soll.

LEITUNG

Kanzleramtsminister Bodo Hombach

Arbeits- und Expertengruppen

Diese Fachgremien sind jeweils mit Vertretern von Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften besetzt

AG Aus- und Weiterbildung

LEITUNG

Bildungsministerin Edelgard Bulmahn

AG Steuerpolitik

LEITUNG

Finanz-Staatssekretär Heribert Zitzelsberger

AG Lebensarbeitszeit, vorzeitiges Ausscheiden

LEITUNG

Arbeitsminister Walter Riester

AG Rentenreform und Arbeitslosenversicherung

LEITUNG

Arbeitsminister Walter Riester

AG Arbeitszeitpolitik

LEITUNG

Arbeitsminister Walter Riester

AG Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Pflegeversicherung

LEITUNG

Gesundheitsministerin Andrea Fischer

AG Aufbau Ost

LEITUNG

Staatsminister im Kanzleramt Rolf Schwanitz

Expertengruppe Entlassungsabfindungen

LEITUNG

Arbeitsminister Walter Riester

Fach- und Themendialoge

Unter Federführung des Wirtschaftsministeriums

schaft hin zur flexiblen Dienstleistungskultur. Das „industrielle Beschäftigungsmodell“, heißt es da, könne keine „universelle Geltung“ mehr beanspruchen.

Der Wandel zur Servicegesellschaft, erläutern die Autoren, bedeute quer durch die Gesellschaft einen radikalen Neuanfang: „Dienstleistungen brauchen, das zeigen andere Länder, ein anderes Arbeitsre-

gime als die Industrie: andere Arbeitszeiten, andere Entlohnungsformen, andere Formen der sozialen Sicherung.“ Vom Rentenbescheid bis zur Stechuhr bleibt fast nichts mehr, wie es war.

Die Grundzüge des Konzepts liegen bereits in den Schubladen des Kanzleramts. Nun haben die wichtigsten Autoren, der Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, Wolfgang Streeck, und Rolf Heinze, Professor an der Uni Bochum, ihre Ideen in einem Aufsatz zusammengefasst (siehe Seite 38). Der Ansatz ist radikal, weil er unsentimental Abschied nimmt von der alten Industriegesellschaft, die jedem einen Job in einer Firma versprach – und weil er den Nutzen der staatlichen Rundumversorgung in Frage stellt.

Der Kern der Forderungen wird am Montag dieser Woche

auch offiziell dem Kanzler vorgelegt: Das hochkarätige Wissenschaftler-Duo erstellte zusammen mit Ökonomen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Reformkonzept, das für den Kurswechsel plädiert, so klar und deutlich wie bisher niemand aus dem direkten Umfeld der Regierung. Sie fordern:

- ▶ den Abschied vom gesamten „Repertoire gescheiterter Methoden“ zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; also weg von den massenhaften ABM, Schluß mit dem Vorruhestand;
- ▶ das „Überdenken von Gerechtigkeitsvorstellungen, die aus der Nachkriegszeit stammen“; also ein Abschied vom bisherigen Sozialstaatsdenken, in dem die Regierung sich für alles verantwortlich fühlt;
- ▶ und die „beschäftigungspolitische Wende hin zu einer Expansion des Dienstleistungssektors“, der offiziell als Bereich der McJobs diffamiert wird, obwohl es auch um Software-Ingenieure, Grafiker, Werber, Anwälte und Berater geht.

Vor allem aber betrachten die Autoren die Situation aus einem radikal veränder-



Kanzler Schröder*: Zum Handeln gezwungen

* Mit VW-Chef Ferdinand Piëch bei der Eröffnung der Berliner VW-Repräsentanz am 30. April.

„Unausgeschöpfte Potentiale“

Strategiepapier der Arbeitsgruppe Benchmarking des Bündnisses für Arbeit

„Benchmarking“ heißt in der Wirtschaft die Methode, sich weltweit mit den Besten zu messen und deren Erfolgsrezepte zu übernehmen. Diese Aufgabe hat auch die gleichnamige Gruppe im Bündnis für Arbeit. Ihr gehören, neben den Sozialwissenschaftlern Wolfgang und Rolf Heinze, Gerhard Fels vom arbeitgebernahen Institut der Deutschen Wirtschaft und Heide Pfarr vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften an. Auszüge aus der Vorlage zur Sitzung des Steuerausschusses am 10. Mai 1999:

1. Prämissen

Bei ihren Beratungen geht die Arbeitsgruppe unter anderem von folgenden Voraussetzungen aus:

- ▶ In Deutschland gibt es eine beträchtliche Anzahl gering qualifizierter Arbeitnehmer, denen auch die erfolgreichste Qualifizierungspolitik herkömmlicher Art nicht dazu wird verhelfen können, im gegenwärtigen Beschäftigungssystem Arbeit zu finden.
- ▶ Die notwendige und erstrebenswerte Eingliederung dieser Personen in den Arbeitsmarkt erfordert vermehrte Beschäftigungsmöglichkeiten auf niedrigem Produktivitäts- und damit niedrigem Bruttolohnniveau, die zugleich und dennoch für den Arbeitnehmer ein auskömmliches Nettoeinkommen oberhalb der Sozial- und Arbeitslosenhilfe gewährleisten.
- ▶ Beschäftigungsmöglichkeiten für gering qualifizierte Arbeitnehmer werden in der großen Mehrzahl nicht in den weltmarkt exponierten Kernsektoren des industriellen Sektors entstehen, in denen eine im internationalen Vergleich flache Lohnstruktur auf hohem Lohnniveau vorherrscht.
- ▶ Eine Erweiterung der Beschäftigungsmöglichkeiten für Geringqualifizierte erfordert deshalb auch eine Expansion des Dienstleistungssektors. Es gibt Anzeichen dafür, daß in Deutschland in diesen Bereichen unausgeschöpfte, wenn auch nicht

grenzenlose Wachstums- und Beschäftigungspotentiale bestehen.

2. Internationale Entwicklungen

Eine vorläufige Durchsicht einschlägiger Entwicklungen in anderen Ländern, insbesondere in erfolgreichen Reformländern wie den Niederlanden und Dänemark, ergibt unter anderem:

- ▶ Zu hohe Lohnnebenkosten werden für das Anwachsen der Schwarzarbeit sowie die wachsende Bedeutung minderer, sozial nicht abgesicherter Beschäftigungsformen verantwortlich gemacht. Mehrere europäische Länder sind deshalb dazu übergegangen,

penorientiert; insoweit wäre sie einer allgemeinen Steuersenkung ähnlich. Erlassene Beiträge und Beitragsanteile werden der Sozialversicherung vom Staat ersetzt. Damit bleiben die begünstigten Arbeitnehmer voll sozialversichert.

Der von der Arbeitsgruppe diskutierte Vorschlag kann als Variante einer zweiten Stufe der Senkung der Lohnnebenkosten aufgefaßt werden, die zugunsten der Bezieher geringer Einkommen ausgestaltet wäre. Ihre Finanzierung könnte grundsätzlich auf dieselbe Weise sichergestellt

werden wie jede andere weitere Senkung der Lohnnebenkosten, müßte aber wie diese auch mögliche Rückwirkungen ihrer Gegenfinanzierung mitbedenken.

Falls eine Freibetragslösung in der einen oder anderen Variante als möglich und geboten erscheinen sollte, könnte und müßte sie zur Flankierung mit einer Reihe zusätzlicher Maßnahmen verknüpft werden. Zu diesen könnten gehören:

- ▶ neue „aktivierende“ Methoden der Arbeitsvermittlung (Maatwerk, Zeitarbeit);
- ▶ verbesserte (Implementation der) Sanktionsmöglichkeiten gegen Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, die die Annahme niedrig bezahlter Arbeit ablehnen;
- ▶ eine flankierende arbeitsplatzbezogene Qualifizierungspolitik zur Förderung der Mobilität von Arbeitnehmern in gering produktiver Beschäftigung;
- ▶ eine Neuorganisation der Schnittstelle von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe und eine weitere Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik zur Verbesserung ortsnaher Maßnahmen;
- ▶ Einführung eines Mindestlohns zur Absicherung des Tarifgefüges nach unten.



G. OHLENBÜSTEL / ACTION PRESS

Fahrradkurier: Ausbau einfacher Dienstleistungen

die Sozialbeiträge von Niedrigverdienern, entweder allgemein oder von vormaligen Leistungsempfängern, ganz oder teilweise staatlich zu subventionieren; Ziel ist, neben einer Kostenentlastung der Arbeitgeber, die Anhebung der Effektivemkommen von Arbeitnehmern, die gering produktive Arbeit verrichten, auf ein auskömmliches Niveau.

3. Zur Diskussion eines Freibetrags bei den Sozialabgaben auf niedrig entlohnte Arbeit

Ziel ist die Einführung eines generellen Freibetrags für Sozialabgaben bei niedrigen (Stunden-)Verdiensten, mit progressiver Beitragsentlastung bis zu einer Schwelle, jenseits deren die vollen Beiträge fällig sind. Eine solche Lösung wäre weder befristet noch zielgrup-



J. DIETRICH / NETZHAUT

Stahlarbeiter (bei Hoesch in Dortmund): Abschied von den starren Regeln der Industriegesellschaft

ten Blickwinkel. Nicht mehr Senkungen in der – seit dem Untergang der Weimarer Republik mit Ängsten besonders stark aufgeladenen – Arbeitslosenstatistik, sondern Zuwächse bei der Zahl der Beschäftigten sind für sie ausschlaggebend.

Nicht mehr das Wehklagen über den Abbau in den alten Industrien ist ihr Thema, der Aufbau in den neuen Sektoren muß zum Ziel der Regierung werden. Wie einst der Wandel von der Agrargesellschaft (Beschäftigtenanteil von Landwirten und ihren Helfern 1895: 36 Prozent) zur Industriegesellschaft (Beschäftigtenanteil in der Industrie 1970: fast 50 Prozent) und schließlich zur Dienstleistungsgesellschaft, die in den USA heute bereits fast jeden zweiten Beschäftigten ernährt.

Schröders mächtigster Verbündeter für diesen Kraftakt ist die Realität. Denn der Nutzen des alten, längst übersteuerten Systems ist kaum mehr erfahrbar. Viele Deutsche begreifen ihren Staat nicht mehr:

- ▶ Ist es noch normal, daß von einer Lohnerhöhung nach Abzug der Steuern und Sozialabgaben oft nicht annähernd die Hälfte übrigbleibt?
- ▶ Was hat es mit Gerechtigkeit zu tun, wenn sich dank staatlicher Hilfestellung – Sozialhilfe,

Kleidergeld, Wohngeldzuschuß – einfache Arbeit für einen Familienvater mit zwei Kindern eigentlich erst ab einem Nettogehalt von über 3000 Mark lohnt?

- ▶ Wieso bleibt am Lebensende von den durchschnittlich gezahlten Rentenbeiträgen so erheblich weniger übrig als bei einer durchschnittlich verzinsten Anlage am Kapitalmarkt?
- ▶ Wie kommt es, daß in den angeblich so unsozialen USA Vollbeschäftigung herrscht und hier die Massenarbeitslosigkeit nicht zu bewältigen ist?

- ▶ Warum will der Staat jetzt auch noch die Zusatzeinkommen aus den Mini-Jobs, die für Geringverdiener unverzichtbar sind, voll der Steuer unterwerfen?
- ▶ Wieso muß ein Existenzgründer den Behörden nach dem Gesetz gegen Scheinselbständigkeit erst nachweisen, daß er kein Betrüger ist?

Im Ausland ist das „Modell Deutschland“ längst ein Schimpfwort. Das unfähige Deutschland wird für sein schrulliges System verspottet, auch der neue Regierungschef gilt vielen schon als Tu-nix-Kanzler. Angesichts des globalen Wettbewerbs, so das „Wall Street Journal“, müsse die Schröder-Regierung endlich aus den Denkstrukturen ausbrechen, die fünf Jahrzehnte lang die deutsche Wirtschaft dominiert hätten. Das amerikanische Maga-

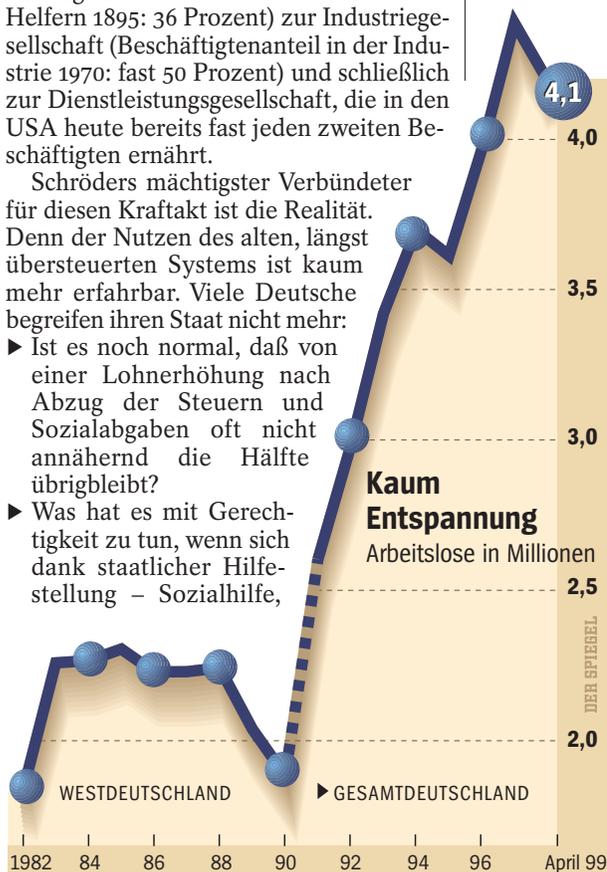
zin „Forbes“ fragt schlicht: „Wo bleibt die Action?“

Der amerikanische Notenbankpräsident Alan Greenspan ermunterte Schröder kürzlich, sich von den Traditionalisten in der Führung von Partei und Fraktion zu trennen. Auf Schröders Frage, was er tun solle, damit die deutsche Wirtschaft wieder wachse, habe Greenspan nur geantwortet: „Schmeißen Sie ein paar Leute raus.“

Nach dem Abgang Oskar Lafontaines bleibt ihm solcherlei Härte erspart. Mit dem jetzt vorliegenden Szenario hat Schröder erst mal ein Konzept in der Hand, mit dem er für seine Position werben kann. Denn Streeck und Heinze stellen den allgemeinen Befürchtungen der SPD-Linken ihre Zukunftsvision gegenüber. Sie entwerfen das Bild einer neuen, modernen Arbeitswelt, in der sich eine Dienstleistungsgesellschaft vor das tradierte Szenario des Industriestandorts Deutschland schiebt.

Deutschland muß endlich auch ein Land werden mit flinken Servicekräften und flexiblen Helfern, mit einem Millionenheer von Dienstleistern – im Handel und bei Versicherungen, im Gesundheitswesen und in der Softwarebranche, in Erholungsparks und bei Botendiensten. Denn: „Das eigentliche Beschäftigungsdefizit der deutschen Volkswirtschaft liegt im Bereich niedrigproduktiver Dienstleistungsarbeit.“

Anderswo wurde diese Wende längst vollzogen: in den Niederlanden, wo Teilzeitjobs und Zeitarbeitsfirmen eine ganze Armada von Dienstleistungswilligen beschäftigen; in Dänemark und Großbritannien, die Abschied genommen haben von vielen alten Industriejobs; und vor allem in den USA, dem Serviceland schlechthin. Rund 15 Millionen Jobs sind dort seit dem Amtsantritt von



Bill Clinton entstanden, meist im Dienstleistungssektor.

Eile tue not, drängen die Verfasser des Plans: „Wenn Bundesregierung und Bündnis ihre Glaubwürdigkeit nicht verlieren wollen, müssen sie bis zum Sommer eine überzeugende Strategie zur Überwindung der Beschäftigungskrise präsentieren.“ Sonst verkomme der Debattierclub zur „bloßen Inszenierung zur Überdeckung politischer Ratlosigkeit“.

Das Urteil von Streeck und Heinze hat Gewicht. Als Mitglieder der „Benchmarking“-Gruppe beim Bündnis zählen sie zu einem exklusiven Kreis von Experten, die Analysen erstellen und Reformkonzepte aus dem Ausland bewerten sollen. Vier Wissenschaftler gehören dem Team an, neben den beiden Autoren noch Gerhard Fels vom arbeitgebernahen Institut der deutschen Wirtschaft und Heide Pfarr vom gewerkschaftsnahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut. Eingesetzt ist die Gruppe von Kanzleramtsminister Hombach.

Die Experten, die jetzt im Bündnis für Arbeit aktiv sind, kennen die Denkbarrieren der SPD und der Gewerkschaften ziemlich genau. Heinze ist nicht nur Soziologieprofessor an der Ruhr-Universität in Bochum, sondern nebenher auch Vertrauensdozent der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung. Und der Kölner Max-Planck-Wissenschaftler Streeck ist einer der meistgefragten Dozenten für Gewerkschaftskongresse und -seminare. Im Wahlkampf beriet er den heutigen Arbeitsminister Walter Riester.

Anders als einige ihrer Auftraggeber aus der Politik kennen beide aber nicht nur die miefige deutsche Debatte. Streeck hat jahrelang in den USA gearbeitet. Heinze trifft sich regelmäßig mit Reformern um den britischen Regierungschef Tony Blair. „Was in unserer SPD als Modernisierer gilt“, staunte er nach seiner jüngsten London-Visite Ende April, „wäre dort Old Labour.“

So paßt das Weltbild der Professoren in keines der groben Bonner Raster: Mit der Linken verbindet sie der Glaube an die Gestaltungskraft der Politik, wirtschaftsliberal klingt ihre Feststellung: „(Fast) jeder Arbeitsplatz ist besser als keiner.“ Schließlich „neigen Menschen dazu, sich in Abhängigkeit und Randständigkeit ein-



Getränkemarkt

„Viele Leute kommen nur wegen des Service“, sagt Volker Jansen vom Hamburger Abholmarkt Graeff. Mitarbeiter tragen dort die Kästen bis zum Auto des Kunden.

H. SCHWARZBACH / ARGUS



Reinigungsdienst

Petra Schütt setzt mit ihrer Berliner Firma „Putz Hunter – Reinigung auf Hausfrauenart“ auf gestrebte Großstadtbewohner. Das Angebot kostet 20 Mark pro Stunde.

VISION PHOTOS



Computerservice

„Nur im Dienstleistungsbereich kann man Geld verdienen“, sagt Martin Kipke vom Würzburger Systemhaus Teampoint, das den Service weiter ausbauen will.

T. GEIGER

zurichten, wenn ihnen die Erfahrung vorenthalten wird, daß sie für sich selbst sorgen können“.

Tatsächlich verdanken sie ihren Platz im Bündnis für Arbeit indirekt auch Hans-Olaf Henkel. Der Industriepäsident hatte die Idee für den Expertenzirkel, der sicherstellt, daß die Politik sich – genau wie Siemens oder Bayer – erst systematisch mit der Konkurrenz im Ausland vergleicht

und dann das Beste abkuppert. Anders als Helmut Kohl griff Schröder den Gedanken sofort auf.

Nun liegen die ersten Ergebnisse vor – sie offenbaren die Folgen eines jahrzehntelangen Reformstaus. Die deutschen Rezepte gegen die Jobmisere, so Streeck und Heinze, sind schlicht verfehlt.

Der erste und größte Fehler sei der Versuch, möglichst viele Menschen vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Als „Zwischen- und Endlager von Arbeitskraft“ habe die Politik jahrelang und zunehmend drei Bereiche genutzt: die Familie, das Bildungssystem und die Alterssicherung. Studenten bleiben immer länger an den Unis, Frauen trotz steigender Qualifikationen häufig zu Haus. Frührentner scheiden immer jünger aus dem Job – doch letztlich führt dieser Weg in die Falle.

Weil nämlich alle anderen über höhere Sozialabgaben die Kosten dieser „Zwischenlager“ bezahlen müssen, werden andere Jobs unrentabel und kurzerhand weggrationalisiert. Der Fehler Nummer zwei: Bei Löhnen und Gehältern gibt es hierzulande immer noch ein vergleichsweise niedriges Gefälle. Was ein Aushilfskellner oder Fahrradkurier verdient, liegt in den meisten Nachbarländern deutlich unter dem Salär eines Facharbeiters aus der Industrie.

Eine stärkere „Lohnspreizung“, wie es die Professoren nennen, also Billigjobs für Geringqualifizierte, gilt bei vielen SPD-Traditionalisten noch immer als Tabu.

Dabei ist der Gedanke, der dahintersteckt, einleuchtend. In der Autoindustrie etwa läßt sich die Fahrzeugproduktion durch den Einsatz von mehr Kapital, also durch bessere Maschinen, stetig steigern, mithin kann auch der Lohn stärker wachsen. Die Produktivitätssteigerungen in vielen Dienstleistungsjobs sind hingegen begrenzt. Ein Kellner etwa kann nur eine bestimmte Zahl von Gästen bedienen, das läßt sich auch nicht durch noch so intelligente Konzepte der Systemgastronomie steigern.

Ihre Forderung nach radikalem Neuanfang verbinden die Vordenker mit einigen versöhnlichen Botschaften an die Traditionsbataillone der Arbeiterbewegung. Ins Krisengeschrei der Wirtschaftslobbyisten stimmen sie nicht ein: „Das deutsche Modell der Industriegesellschaft war und ist ein Erfolgsmodell; im industriellen Kernbereich gehört Deutschland noch immer zu den wettbewerbsfähig-

sten Ländern“, heißt es bei Streeck und Heinze.

Es müßten daher nicht alle Regeln und tradierten Werte der alten Arbeitswelt über Bord geworfen werden, trösten sie Skeptiker aus Gewerkschaften und Teilen der SPD, die als Verbündete gebraucht werden, damit die Reform gelingen kann: „Es gibt keinen Grund, warum qualifizierte Berufsarbeit, Flächentarif und Kündigungsschutz nicht weiterhin den industriellen Kernsektor prägen sollten.“

Nur müßten eben künftig für andere, neue Jobs auch andere Regeln gelten: Einfach ist das für die Deutschen nicht. Denn es geht auch darum, liebgewordene Grundbekenntnisse zu revidieren – zum Beispiel beim Thema soziale Gerechtigkeit.

„Hauptproblem sozialer Gerechtigkeit ist heute nicht mehr die Ungleichheit zwischen Automobilarbeiter und Kellner, son-

dern zwischen beiden auf der einen und dem Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger oder stillen Reservisten auf der anderen Seite“, schreiben Streeck und Heinze.

Die Strategie, die aus der Jobmisere herausführen soll, steht schon fest. So wollen die Professoren gemeinsam mit den anderen Mitgliedern der Benchmarking-Gruppe in dieser Woche den Bündnis-Teilnehmern auch offiziell ihre Vorschläge „zur Verbesserung der Beschäftigungschancen gering qualifizierter Arbeitnehmer“ vorlegen (siehe Kasten Seite 32). Die Grundidee: Der Staat soll Mini-Einkommen von Sozialabgaben befreien, um einfache Arbeiten attraktiver zu machen.

Demnach könnte Arbeitern und Servicekräften mit niedrigen Stundenverdiensten künftig ein genereller Freibetrag für Sozialabgaben eingeräumt werden. Für die Experten hat diese Variante Charme,

für die Billigjobber käme dies „einer allgemeinen Steuersenkung“ gleich.

Die Folge: Arbeitskräfte würden billiger, für Arbeitslose stiege der Anreiz zum Wiedereinstieg, weil von jeder verdienten Mark mehr übrigbleibt. So könnten zum Beispiel alle Einkommen unter 1500 Mark komplett von Sozialabgaben befreit werden, bis zum Einkommen von 2800 Mark würden die Abgaben langsam steigen. Ein solches Gesamtkonzept würde auch das Problem der 630-Mark-Jobs mit einem Schlag lösen: Diese Form der Billigjobs könnte in einem größeren Niedriglohnssektor aufgehen.

Das Ganze sollte nach den Plänen der Kanzlerberater durch eine Reihe anderer Maßnahmen unterstützt werden. Sie wollen die Zeitarbeit fördern; all jene Empfänger von Sozial- und Arbeitslosenhilfe bestrafen, die Jobangebote ver-

Briefe aus dem Wahlkreis

Der Abgeordnete und IG-Bau-Chef Klaus Wiese­hügel will das Schlechtwettergeld wieder einführen.

Die Glätze glühte rot vor Zorn. „Es geht nicht, daß an mir vorbei ein Gesetzesantrag eingereicht wird“, schimpfte Peter Struck, kahlköpfiger Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, ein ansonsten mit fröhlichem Phlegma ausgestatteter Pfeifenraucher. „Jeder muß sich an die Formalien



Wiese­hügel

halten“, donnerte er am vergangenen Montag in den Fraktionssitzungssaal.

Der Adressat der Tirade, der Abgeordnete Klaus Wiese­hügel, zugleich Vorsitzender der IG Bau, blieb ruhig. Aus wasserblauen Augen blickte er treuherzig in die Runde der SPD-Abgeordneten. Vor der Wahl habe die SPD versprochen, das Schlechtwettergeld wieder einzuführen. Daran habe er sich gehalten. Wenn vor der Sommerpause nichts geschehe, dann ver­lören im Winter wieder viele Bauarbeiter ihren Job.

Was war passiert? Seit Monaten verhandelt der IG-Bau-Chef mit den Arbeitgebern darüber, die Ausgleichszahlung für Eis und Schnee wieder einzuführen. Die Unternehmen, so wünscht es sich Wiese­hügel, sollen ihren Beschäftigten den Lohnausfall schon in der ersten Arbeitsstunde, die wegen schlechten Wetters ausfällt, ersetzen.

Finanziert werden könne das mit einer Umlage, die alle Bauunternehmen

aufbringen müssen. Die lehnen ab, weil die Lohnnebenkosten steigen würden.

Die Gespräche scheiterten an unüberbrückbaren Gegensätzen. Als Arbeitsminister Walter Riester keine Anstalten machte, den widerspenstigen Arbeitgebern die Umlage per Gesetz aufzudrücken, schritt Wiese­hügel zur Selbst-

hilfe. Auf 16 Seiten formulierte er, unterstützt von einem Rechtsexperten seiner Gewerkschaft, selbst einen Gesetzesentwurf und sammelte Unterschriften. Mehr als die Hälfte der 298 SPD-Abgeordneten unterschrieb.

„Selbst ältere Abgeordnete können sich nicht erinnern, so etwas einmal erlebt zu haben“, eriefert sich ein Struck-Vertrauter über den Alleingang. In einer Fraktionsvorstandssitzung wurde der eigenmächtige Arbeiterführer zur Rede gestellt. Er habe seine Stellung als Gewerkschaftschef mißbraucht, warfen ihm Teilnehmer vor. Viele Abgeordnete hatten in dem Glauben unterschrieben, Wiese­hügel Vorgehen sei abgesprochen.

Für zusätzlichen Unmut bei den SPD-Oberen sorgte eine zeitgleich mit der Unterschriftensammlung einsetzende Telefon- und Briefaktion. Fast

Baustelle (in Berlin)
Ausgleich für Eis und Schnee

alle SPD-Parlamentarier bekamen Anrufe oder Schreiben von IG-Bau-Funktionären aus ihrem Wahlkreis. Die baten, man möge sich doch für den Vorschlag ihres Vorsitzenden stark machen. Fraktionsvize Ernst Schwanhold beklagte sich, er habe den Brief eher bekommen als den Gesetzesentwurf.

Wiese­hügel bestreitet, mit der Kampagne etwas zu tun zu haben. Überhaupt könne er die ganze Aufregung nicht verstehen. „Jetzt ist doch endlich Bewegung in die Sache gekommen.“

Ob ihm das helfen wird, ist fraglich. Die ersten Abgeordneten haben ihre Unterschrift schon wieder zurückgezogen. Schwanhold: „Wir setzen weiter darauf, daß sich Gewerkschaft und Arbeitgeber einigen.“ CHRISTIAN REIERMANN



T. GRABKA / ACTION PRESS

weigern; die Mobilität von Arbeitslosen steigern oder die Gründung kleinerer Firmen in den Dienstleistungsbranchen unterstützen.

Derzeit rechnen diverse Institute die Modelle durch, darunter das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) – geschätzte Kosten: ein zweistelliger Milliarden-Betrag. Doch IAB-

Einkünfte bis 1575 Mark oder sogar bis 1890 Mark auch durch direkte Subventionen attraktiver machen.

► Um Sozialhilfeempfänger zur Erwerbsarbeit zu animieren, so ein anderer Vorschlag, könnte der Staat ebenfalls zusätzliche Zuschüsse zahlen – Hilfen bis zu 640 Mark pro Monat sollen in Modellversuchen getestet werden.

die Vermittler dagegen im Einzelhandel: „Der Preiskampf ist knallhart, so daß Niedriglohnkräfte zum Regaleinräumen nicht vermittelbar sind – da wird eher mal ein kostenloser Praktikant abgestellt“, hat Vermittler Klaus Becker erfahren.

Wenig Chancen, soviel ist sicher, bestehen auch in Industriebetrieben. Die einfachen Handlangerjobs werden dort wegrationalisiert. Doch der Berliner Unternehmer Peter Dussmann, der bundesweit 21000 Mitarbeiter vor allem mit Reinigung, Bewachung und in Kantinen beschäftigt, glaubt: „Ein Niedriglohnsektor brächte uns dafür Dienstleistungen, die wir gar nicht mehr kennen – den Fahrstuhlführer, den Autoputzer oder den Packer im Kaufhaus.“

Unterstützt werden muß die Reform am Arbeitsmarkt von einem Umbau des Steuersystems. Die reformfreundigen Autoren fordern eine „beschäftigungsfreundliche Steuerreform“, und das heißt vor allem: runter mit den Steuersätzen.

Noch zögert der Kanzler, den Kraftakt zu beginnen. Aber er weiß, daß er nur als Reformkanzler eine Chance auf Wiederwahl hat. Der Proteststurm, der angesichts der umstrittenen Gesetze zur Scheinselbstständigkeit und zu 630-

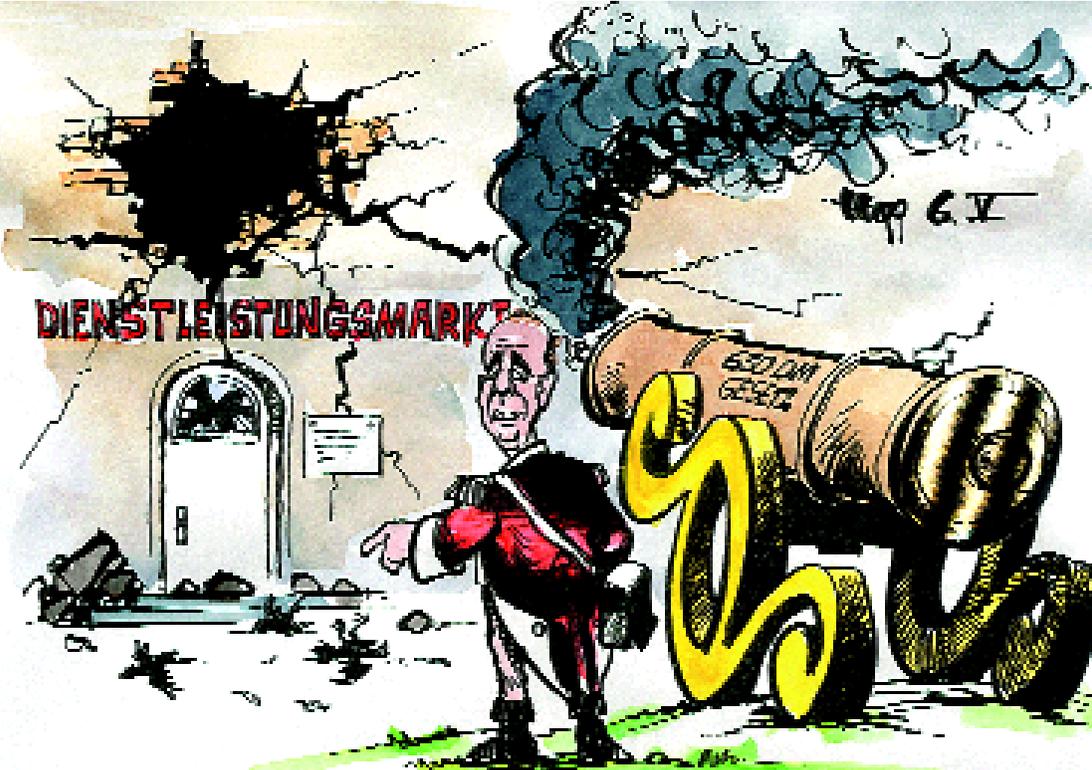
Mark-Jobs losbrandete, hat ihn alarmiert. Die Umfragen sehen die Koalition im Sinkflug. Bei den Europawahlen erwartet Schröder nur noch schlappe 35 Prozent für die SPD, „wenn überhaupt“.

Die Parole „Sorgfalt vor Eile“, die der Kanzler nach der ersten Chaos-Phase, kurz vor Weihnachten, ständig ausgegeben hatte, gilt nicht mehr. Längst drängt er wieder aufs Tempo. Schleunigst sollen etwa die größten Schnitzer im Gesetz zur Scheinselbstständigkeit behoben werden. Eine Kommission, angeführt vom Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Thomas Dietrich, prüft die umstrittenen Paragraphen – Änderung garantiert.

Nun wird alles zur „Chefsache“. In einer Runde mit den jungen Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion machte Schröder am Montag vergangener Woche klar, daß er für seine Positionen jetzt „fighten“ will. Künftig werde er „Ziel und Richtung von Anfang an mitbestimmen“ und die Gesetze nicht erst „nachbessern“.

Offen gab er zu: „Wenn wir so weitermachen, werden wir die Rache des kleinen Mannes bitter zu spüren bekommen.“

HORAND KNAUP, ELISABETH NIEJAHR, ULRICH SCHÄFER



„Auf schräge Vögel gezielt – und Volltreffer!“

TZ, MÜNCHEN

Geschäftsführer Ulrich Walwei macht Mut: Drei bis sechs Millionen zusätzliche Jobs gäbe es hierzulande nach einer IAB-Untersuchung, wenn der Anteil der Servicejobs pro Einwohner so hoch wäre wie in den Vereinigten Staaten.

Noch birgt das Modell jede Menge Fragen: Wieviel läßt sich einsparen, wenn mehr Arbeitslose Jobs annehmen und damit Kosten für Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe wegfallen? Was passiert, wenn sich Arbeitgeber und Gewerkschaften in ihren Tarifverhandlungen klammheimlich auf niedrige Entgelte verständigen, weil der Staat die Einbuße ausgleicht?

Die Fragen beschäftigen auch Arbeitsminister Riester, der in einer fünfseitigen Tischvorlage für den Lenkungsausschuß des Bündnisses für Arbeit am Montag gleich fünf Vorschläge präsentieren will. Die Grundidee ist jeweils gleich und entspricht den Plänen von Streeck und Heinze: Der Staat soll für Servicejobs von Geringverdienern Auflagen lockern und Kosten senken – zum Beispiel durch Streichen von Sozialbeiträgen.

► Damit Teilzeitstellen attraktiver werden, so einer der Vorschläge, könnte der Staat

► Für den Bezug von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe soll es einheitlichere Regeln geben.

Allerdings haben Riesters Experten ihre Vorbehalte gegenüber Lohnzuschüssen gleich mit aufgeschrieben: Sie warnen vor „Dauersubventionen aller Arbeitsverhältnisse“, die „ordnungspolitisch nicht unbedenklich“ seien. Außerdem könnten leicht die Falschen profitieren – wegen „hoher Mitnahmeeffekte“. Deshalb müßten die Zuschüsse auf Problemgruppen beschränkt werden.

Erste Erfahrungen haben Arbeitsamt-Berater in einem Modellversuch im schleswig-holsteinischen Itzehoe gesammelt. Seit Mitte Dezember versuchen sie, Langzeitarbeitslose mit gezielter Beratung und Lohnsubventionen in Servicejobs unterzubringen. Ihr Konzept: Die Arbeitslosen übernehmen simple Handlangerarbeiten in Firmen, die ihren Service verbessern wollen – damit andere Mitarbeiter mehr Zeit für Betreuung und Beratung haben.

Das funktioniert gut in allen Betrieben mit teuren Produkten. Autohäuser heuern zum Beispiel Hilfskräfte an, die ihre Kunden nach Hause fahren oder mal einen Testwagen säubern. Chancenlos blieben